

Druckabteilungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Hermanns-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nicht Bürgerblock, sondern Auflösung!

Ergebnis der Zentrumsberatungen. — Erklärung des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler empfing heute mittag die Fraktionsführer der Koalitionsparteien. Nach Bekanntgabe des Beschlusses der Zentrumsfraktion stellte der Reichskanzler in Übereinstimmung mit den Parteiführern fest, daß er weitere Verhandlungen mit den Fraktionen über die Erweiterung der Regierung für aussichtslos halte. Die Regierung behält sich ihre Entschlieung vor.

Heute vormittag ist der Fraktionsvorstand der Reichstagsfraktion des Zentrums zusammengetreten, um über die durch den gestrigen Beschluß der demokratischen Reichstagsfraktion geschaffene neue Situation zu beraten. Am Schluß der Beratungen schloß er eine Entschlieung, in der es heißt, daß die Erweiterung der Regierung nach rechts ohne die Demokraten unmöglich sei und daß er deshalb nach dem gestrigen Beschluß der Demokraten es dem Reichskanzler anheim stellt, den Reichstag aufzulösen.

Die Zentrumsfraktion hat einstimmig eine Entschlieung ihres Vorstandes angenommen, die eine Darstellung der bisherigen Entwicklung der Krise gibt und auseinandersetzt, wie alle Lösungsversuche gescheitert seien. Infolgedessen wird dem Reichskanzler die volle Entscheidungsfreiheit zurückgegeben und ihm anheimgestellt, außerstensfalls auch die Auflösung des Reichstages vorzunehmen.

Die Verhandlungen der Bürgerblockfreunde sind gescheitert. Die Zentrumsfraktion ist der Entschlieung ihres Fraktionsvorstandes gefolgt und hat die Erweiterung der Regierung nach rechts ohne die Demokraten für unmöglich erklärt. Jetzt sind nur noch zwei Wege möglich, die zum Abschluß der Krise führen. Die Regierung Marx kann vor den Reichstag treten, ihr Programm entwickeln und um die Zustimmung des Reichstages ersuchen. Voraussetzung dafür ist, daß die Deutsche Volkspartei diesen Weg billigt und in der Regierung verbleibt. Die Deutsche Volkspartei hat aber schriftlich erklärt, daß sie ohne die Deutschnationalen als Regierungspartei nicht mehr vor den Reichstag treten werde. So bleibt als einzige Möglichkeit die Auflösung des Reichstages.

So scheint es nach wochenlangem Schacher, daß die Krise die politisch einzig vernünftige Lösung findet durch die Auflösung des Reichstages. An die Stelle des schmachvollen Handels um den Bürgerblock, der in den letzten Wochen betrieben worden ist, würde damit die Entscheidung des Volkes selbst treten. Dann naht die Stunde der Abrechnung mit jenen charakterlosen und heuchlerischen Politikern aus dem deutschnationalen Lager, die mit Hilfe eines erbärmlichen Kuhhandels sich in die Regierung eintaufen wollten, nachdem ihre eigene Politik, die sie bei der letzten Wahl den Wählern als den einzigen Weg zur Rettung Deutschlands angepriesen haben, so schmachlich zusammengebrochen ist, daß sie selbst gezwungen waren, der Politik mit zum Siege zu verhelfen, die sie selbst mit Lüge, Gehässigkeit und Gemeinheit bekämpft haben. Dann naht auch die Abrechnung mit jenen national-liberalen Gestalten, die bei diesem unwürdigen Handel den Deutschnationalen Zutreiberdienste geleistet haben.

Damit ist die Krise zu ihrem Ausgangspunkt zurückgekehrt. Die bürgerlichen Fraktionen der Mitte hätten sich manche Demütigung ersparen können, die sie in den Wochen des schmachvollen Handels um die Regierungsumbildung erfahren haben. Ihre moralische Position für den bevorstehenden Wahlkampf ist durch die unklare und schwankende Haltung, die sie in den letzten Wochen eingenommen haben, wahrhaftig nicht gestärkt worden. Sie besahen nach dem 29. August eine ungeheuer starke moralische Position gegenüber den Deutschnationalen. Sie haben ihre eigene Position unterwühlt, sie haben

selbst von den Deutschnationalen offenen Hohn, Verachtung und Beschimpfung erdulden müssen — dank der heimlichen und offenen Bürgerblockfreunde in den eigenen Reihen. Mußte doch in den letzten Tagen das Zentrum selbst damit rechnen, daß die Krise kompliziert werden würde durch eine Kanzlerkrise, daß nach der Abstimmung des Reichskanzlers Marx in seiner eigenen Fraktion die Deutschnationalen die Frage der Person des Reichskanzlers aufwerfen würden. An Anzeichen dafür hat es in der deutschnationalen Presse nicht gefehlt.

So stellt sich das Bild der Lage im Augenblick dar. Jetzt ist nur eine Möglichkeit noch, daß die Auflösung des Reichstages, die notwendig ist als jemals, nicht eintritt. Es müßte denn sein, daß die Deutsche Volkspartei, die der Treiber in dieser Krise gewesen ist, den Rückzug antritt und gemeinsam mit den beiden anderen Regierungsparteien trotz ihrer schriftlichen Erklärung als Regierungspartei vor den Reichstag tritt. Das würde den schmachvollen Handel, der seit drei Wochen um den Bürgerblock getrieben worden ist, krönen. Aber schließlich lehrt die Erfahrung der letzten Wochen, daß im Handel um den Bürgerblock nichts unmöglich ist.

Der Beschluß des Zentrums.

Der einstimmig gefasste Beschluß des Zentrums lautet:
„Die Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages steht ihre, getreu ihren Grundfäden der christlichen Volksgemeinschaft, des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ausgleichs, mit aller Hingabe und höchstem Verantwortungsbewußtsein vorgenommenen Bemühungen gescheitert, eine nach dem parlamentarischen Kräfteverhältnis bestands- und arbeitsfähige Regierung zu bilden.

Ihr großes und ernstes Ziel, eine Regierung auf breiterer Grundlage der Volksgemeinschaft zu schaffen, ist zu ihrem tiefsten Bedauern nicht erreicht worden. Auch bei daraufhin aus Gründen der Außenpolitik und im Interesse der besetzten Gebiete von der Fraktion erstrebte Beibehaltung der bisherigen Regierung war nicht durchzuführen. Ebenso scheiterte der weitere Versuch, die Regierung in tragfähiger Form nach rechts zu erweitern.

Die Zentrumsfraktion ersucht daher den Reichskanzler, dem sie ihr volles Vertrauen ausdrückt, kein Mittel unverzagt zu lassen, und im äußersten Notfall an das politische Urteil des Volkes zu appellieren, um eine tragfähige Regierung zu schaffen, die imstande und gewillt ist:

- 1. die bewährte Linie der durch den Reichskanzler getragenen deutschen Außenpolitik zu sichern.
2. Die Aufgaben der sozialen Versöhnung und des wirtschaftlichen Friedens weiter durchzuführen.
3. Die christlichen Kulturgüter zu schützen und zur Entfaltung zu bringen.

Die Beratung der Koalitionsparteien.

Vom Zentrum nahmen an der heutigen Besprechung mit dem Reichskanzler die Abg. Stegerwald, Spahn und Dr. Hölle, als Vertreter des Vorsitzenden Hehrenbach, der die inzwischen fortgesetzte Fraktionsstimmung des Zentrums leitete, teil. Von den Demokraten waren die Abg. Koch, Erkelenz und Haas erschienen, von der Volkspartei Dr. Curtius, Dr. Japp und Scholz. Die Besprechung dauerte nur ganz kurze Zeit. Stegerwald teilte mit, daß die Zentrumsfraktion eine Entschlieung vorbereitet, in der sie ihr Bedauern ausdrückt, daß die Versuche des Kanzlers zur Bildung einer Volksgemeinschaft und zur Erweiterung der Koalition nach rechts mit Einschluß der Demokraten gescheitert seien.

Das Zentrum sei nun der Ansicht, daß nunmehr dem Kanzler die volle Handlungsfreiheit zurückgegeben sei.

Die Parteiführer werden gegen 6 Uhr nachmittags über die weitere Entwicklung der Dinge unterrichtet werden. Um 10 Uhr tritt die Fraktion der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung zusammen.

Der Erfolg der deutschen Anleihe.

England glaubt an ein neues Deutschland.

London, 16. Oktober. (W.B.) Der Finanzdirektor der „Westminster Gazette“ schreibt, der britische Anteil an der deutschen äußeren Anleihe sei gestern in der City schätzungswweise fünf oder sechs mal überzeichnet worden. „Times“ führen in ihrem Finanzteil aus, wenige hätten erwartet, daß das Zeichnungsangebot so groß sein würde, wie es tatsächlich der Fall gewesen sei. Auch eine Beteiligung an dem französischen Anteil der Ausgabe sei gestern in London angeboten worden. „Daily News“ schreibt mit Bezug auf den gestrigen großen Zeichnungsertrag für den britischen Anteil der deutschen Anleihe, dieser müßte Deutschland mit großem Stolz erfüllen, denn der Wunsch, Anleiheanteile zu haben, sei eines der größten Komplimente, welche man seinem früheren Feinde machen könnte. Ein neues Deutschland, welches sich friedlicher Tätigkeit widme, bedeute in nicht geringem Maß ein neues Europa.

Voller Erfolg in Frankreich.

Paris, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Auflegung des französischen Anteils an der Dawes-Anleihe hat bereits zu einem vollen Erfolg geführt. Die Zeichnungen waren bereits am Mittwoch, dem ersten Tage der Emission, wider Erwarten groß, so daß aller Wahrscheinlichkeit nach bereits am Donnerstag die Zeichnung geschlossen werden wird.

Die Wahabiten.

Englische Schwierigkeiten in Arabien.

London, 16. Oktober. (W.B.) Laut „Times“ hat die britische Regierung die amtliche Meldung erhalten, daß die Wahabiten in Mekka eingedrungen seien, wo sie den Palast des Königs und die Häuser der reichen Leute geplündert hätten.

Der englische Schutzstaat Hedjas im nördlichen Küstengebiet Arabiens (am Roten Meer) ist gegenwärtig zum Schauplatz blutiger innerer Kämpfe geworden. Gemäß den letzten Nachrichten haben die Wahabiten schon die Zentren von Hedjas, Taif und Mekka erobert und rücken weiter nach Norden vor gegen den anderen englischen Schutzstaat der Araber mit dem Zentrum Amman. Der „Herrscher“ von Hedjas, König Hussein, mußte dem Throne entgehen und aus dem Lande flüchten.

Bevor wir auf die politische Seite der Vorgänge näher eingehen, seien einige kurze Angaben über die Wahabiten gemacht. Unter diesem Namen sind alle Stämme Innerarabiens bekannt, die sich zu der von Mohammed ibn Abd el Wahhab (1703—1791) gestifteten mohammedanischen Sekte bekennen. Infolge seiner Studien und durch seine persönlichen Erlebnisse war Mohammed Abd el Wahhab zur Einsicht gekommen, daß die Nachkommen des Propheten, und zwar mehr die Türken, sich von der ursprünglichen Reinheit des Islams entfernt hatten. Als Vierzigjähriger fing Wahhab seine Reformationstätigkeit an. Er predigte nur den Koran und verworf alle Uebersieferungen und religiösen Gebräuche. Er verworf auch den Kultus der Heiligen und verbot sogar die Wallfahrt nach Medina zum Grabe des Propheten. Auch der Genuß von Tabak und geistigen Getränken, wie auch allerlei Prunk in der Lebenshaltung, waren für ihn heidnischer Natur und darum auch unbedingt abzulehnen. Er verlangte vielmehr von seinen Anhängern ein puritanisches Leben, strenge Beachtung der Vorschriften über die täglichen Gebete, Fasten und Unterstützung der Armen. Seiner Lehre lag der Koran zugrunde. Das Ziel seiner Reformation bestand in dem Grundfaden: Zurück zur Religion des Propheten in ihrer reinen Gestalt! Also eine puritanisch-jelotische Sekte in der Geschichte des Islams.

In seinem Heimatorte hatte Wahhab anfänglich keinen Erfolg. Er war sogar gezwungen, nach Derajat zu flüchten. Hier fand er in der Person des einflussreichen Scheichs Mohammed ibn Saud, seines Schwiegersohnes, einen eifrigen Anhänger seiner Lehre. Nun sollte die neue Sekte durch Feuer und Schwert verbreitet werden. Der religiöse Fanatismus der Wahabiten kennt keine Grenzen. Wer sich nicht freiwillig zu ihrer Sekte bekennen will, wird erbornungslos vernichtet. Auch Frauen, Kinder und Greise werden nicht geschont. Saud und seinen Nachfolgern gelang es, alle arabischen Länder zu dieser neuen Sekte zu bekehren. Sie gewannen sogar Anhänger in Indien und China. Wie der Islam selbst, so trägt auch die Sekte der Wahabiten zugleich einen weltlichen Charakter; die religiösen Führer der Wahabiten waren und sind jetzt noch gleichzeitig weltlich-politische Befehlshaber der Wahabitenstämme.

Die türkische Regierung versuchte lange Zeit vergeblich, diese Sekte auszurotten und die arabischen Stämme wieder ihrer Herrschaft zu unterwerfen. Dies gelang nur am Anfang des 19. Jahrhunderts durch den ägyptischen Statthalter Mohammed Ali Pascha. Seit dieser Zeit sind die Wahabiten durch innere Zwistigkeiten noch mehr geschwächt worden.

Während des Weltkrieges gewannen die arabischen Stämme wieder an Bedeutung. Die Entente, und insbesondere England, zogen die arabischen Stämme auf ihre Seite. Schon 1915 schlossen die Engländer mit Hussein, dem Scheriff von Mekka, also einem Beamten der Türkei, einen Vertrag, kraft dessen der letztere gleich nach dem Kriege zum König von Hedjas eingesetzt werden sollte, wenn er sich gegen die türkische Herrschaft erhebe. Das geschah auch in der Tat. Nun wurde Hedjas (200 000 Quadratkilometer und eine Million Einwohner) nach dem Kriege zu einem Schutzstaate Englands, und der frühere Scheriff Hussein zum Könige dieses Landes gemacht. Noch mehr: einer der Söhne Husseins, Feisal, wurde König von Irak, der andere Sohn, Abdullah, Emir von Transjordanien. Auf diese Weise entstanden die drei wichtigsten englischen Schutzstaaten in Arabien. Aber auch eine Anzahl anderer Stammesfürsten Innerarabiens wurden von England anerkannt und reichlich mit Geldmitteln unterstützt. Unter diesen befand sich bis zur allerletzten Zeit auch Abd el Aziz ibn es Saud, der „Sultan“ von Nejd und der Häuptling der Wahabiten. Die Herrschaft des letzteren erstreckt sich über ein mehr als 500 000 Quadratkilometer großes Gebiet. Aus einer Anfrage im englischen Oberhause Anfang März 1921 ging hervor, welche großen Summen England den arabischen „Herrschern“ als Subvention bewilligt. Hussein bekam damals monatlich 200 000 Pfund Sterling. Auch Abd el Saud bezog von den Engländern keine geringeren Summen. Gegenwärtig scheint er sich aber nach einer anderen Richtung „orientiert“ zu haben. Laut einer Meldung aus Konstantinopel steht die von Saud geführte Bewegung der Wahabiten mit der der Mohammedaner Indiens im Zusammenhang, welche auch jetzt die Wahabiten materiell unterstützen sollen.

Was bezwecken eigentlich die Wahabiten?

Ihr unmittelbares Ziel war es, den König Hussein abzusetzen und ihn aus den heiligen Stätten Arabiens zu vertreiben. Hussein galt in den Augen der mohammedanischen Welt als ein Verräter des Islams und als Söldling der Engländer. W

J. R. 3 als Reparationsleistung.

London, 16. Oktober. (W.B.) Reuters meldet aus Washington, daß annähernd 2 200 000 Dollar als deutsche Reparationszahlung an die Vereinigten Staaten gutgeschrieben würden, wenn das Luftschiff J. R. 3 von der Regierung formell übernommen worden sei.

Die Leistung des J. R. 3.

New York, 16. Oktober. (W.B.-Frankfurt.) Nach einer offiziellen Aufstellung Dr. Eddners und des Commander Klein betrug die Fluglänge des J. R. 3 5066 englische Meilen, die Flugdauer 81 Stunden 17 Minuten, die Durchschnittsgeschwindigkeit 62,35 englische Meilen, die höchste Höhe 3680 Meter. Ueber New York flog das Luftschiff in einer Durchschnittshöhe von 400 Metern. Die Betriebsstoffanlagen waren bei der Landung noch ein Viertel voll, genügend für weitere 1800 Knoten. Dr. Eddner erklärte, die drahtlosen Wetterberichte hätten es ermöglicht, den Stürmsgebieten auszuweichen oder sie schneller zu verlassen. J. R. 3 durchfuhr die Nebelgebiete in schneller Fahrt mit 50 bis 60 Meilen Geschwindigkeit. Die Aeronautische Kommission in Washington hat Dr. Eddner und Kapitän Steele eingeladen, der heutigen Sitzung im Marineamt beizuwohnen. Beide werden inoffiziell über den Flug Bericht erstatten.

nannte ihn „den unheiligen Herrscher der heiligen Stätten des Islams“.

Kun hat Hussein Hedjas verlassen, bevor sein Sohn, der Herrscher Transjordaniens, ihm zur Hilfe gekommen war. Die Engländer verhalten sich in diesen „inneren Angelegenheiten“ der arabischen Stämme anscheinend neutral.

Die Wahabiten aber glauben durch die Vertreibung Husseins aus Hedjas ihr Ziel noch nicht ganz erreicht zu haben. Sie marschieren nordwärts gegen Transjordanien zwecks Vernichtung der Kräfte Abdullahs und seiner Entthronung. Auf ihrem Wege wird niemand gespart, nicht einmal die zivile Bevölkerung. Aus Mekka sind 3. B. viele Tausende von Einwohnern nach Djibda am Roten Meere geflüchtet, andere Tausende halten sich schon jetzt bereit, aus Amman nach Jerusalem zu flüchten.

Auch der König Feisal von Irak hat allen Grund, die Bewegung der Wahabiten zu fürchten. Denn auch im Irak und allen anderen arabischen Ländern hat diese Sekte zahlreiche Anhänger. Von Wichtigkeit ist aber noch der folgende Umstand: Wenn auch die Bewegung der Wahabiten äußerlich gegen Hussein und seine Dynastie gerichtet ist, so wendet sie sich innerlich mehr gegen die englische Herrschaft. Den Führern der Bewegung und ihren Bundesgenossen scheint ein panarabisches Programm nicht fernzuliegen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß gegenwärtig in allen arabischen Ländern, von Syrien bis Mesopotamien und Ägypten, Unruhe und Unzufriedenheit herrscht.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Bewegung der Wahabiten in England mit großer Sorge verfolgt wird. Nicht ohne Grund hat sich neulich ein englischer Kenner der Verhältnisse in dem Sinne geäußert, daß die Niederlage Husseins zugleich auch eine Niederlage der englischen Herrschaft in den arabischen Ländern bedeute.

## Ehrhardts Beständnisse.

Und der Staatsgerichtshof?

Die Veröffentlichungen Ehrhardts über seine „Schicksale und Abenteuer“ haben ihren Abschluß erreicht. Zweierlei geht daraus mit voller Klarheit hervor: Ehrhardts Rolle im Kapp-Putsch und das verfassungswidrige und verfassungsfeldliche Treiben der Organisation Consul unter der Leitung des „Chefs“ Ehrhardt.

Ehrhardt hat nach seinen eigenen Beständnissen nicht nur am Kapp-Putsch teilgenommen, er hat in ihm auch eine hervorragende Rolle gespielt. Er war nicht einer der Beführten, sondern einer der Hauptführer, der das Reichswehrministerium monatelang nasführte und so erst die materiellen und physischen Voraussetzungen für den Putsch schuf. Ohne seine aktive Teilnahme war das Unternehmen Kapps nicht denkbar. Er hat sich Kapp nicht nur als Brigantführer zur Verfügung gestellt, er hat auch an entscheidenden Sitzungen des „Kabinetts“ teilgenommen, er hat aktiv in die Verhandlungen eingegriffen und noch nach dem Revolverzusammenbruch Kapps und seiner Konspiration versucht, das Unternehmen weiterzutreiben. Ehrhardt selbst gesteht, daß der Putsch, wenn seine Richtlinien beachtet worden wären, mit den blutigsten und gewalttätigsten Mitteln durchgeführt worden wäre. Wenn der Begriff „Führer“ einen Sinn haben soll, so muß er auf Ehrhardt angewandt werden.

Ueber das Treiben der Organisation Consul verbreitet sich Ehrhardt nicht mit derselben Eindeutigkeit. Man merkt es der — übrigens stilistisch und gedanklich miserablen — Niederschrift an, daß sie viele Lücken enthält und daß sie bemerkt ist, unbedeutende Tatsachen zu verwickeln oder zu verschweigen. Das juristisch und moralisch wichtigste Kapitel „D. C. und politischer Mord“ wird übergangen. Aber trotzdem liefert das Dokument Ehrhardts, das lediglich vom kriminellen Standpunkt aus Beachtung verdient, Beweismaterial genug für den Fragenkomplex, der durch den immer noch schwebenden Prozeß gegen die D. C. geklärt werden soll. So weist z. B. Ehrhardt auf seine enge Verbindung mit den derzeitigen Reichthabern in Ungarn hin, eine Tatsache, die

eine um so größere Bedeutung hat, als in den letzten Tagen die Affäre der Erzberger-Mörder Fäden aufgedeckt hat, von denen auch die D. C. nicht unberührt bleibt. Einen Abschnitt für sich bildet die Befreiung Ehrhardts aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis des Staatsgerichtshofes. Die Getreuen Ehrhardts haben wochenlang im Gefängnis nach allen Regeln der Verbrederehre herumpioniert. Sie waren darauf vorbereitet, bei der „Befreiung“ gewalttätige und lebensgefährliche Mittel anzuwenden; sie waren bereit, ihr Werk durch einen mehrfachen Mord zu krönen. Diese Ein- und Ausbrechergeschichte gibt dem Auffassungs-führer a. D. und „Consul“ Ehrhardt sowie seiner Organisation ihr besonderes Gesicht. Sie ist keine zufällige Erscheinung, sondern nur denkbar in einem Milieu, das man nicht anders als Verbrecher- und Raschmenmilieu bezeichnen kann. Es ist an der Zeit, endlich einmal die ernste Frage aufzuwerfen, wie es sich ein Mann mit den Verbredereinstößen und der Zuchthäusermoral eines Ehrhardt — eine derartige Veranlagung spricht aus jedem Blatt seiner Erinnerungen — erlauben darf, in einer Presse, die sich wahrscheinlich immer noch für anständig hält, das Wort zu ergreifen, um sich seiner Schurkereien und moralischen Unzulänglichkeiten auch noch öffentlich zu rühmen. Zieht man diesem „Heros“ die nationalitistische Maske vom Gesicht, so bleibt der Typ eines gemeinen Verbrechers übrig, der nach gerichtlicher Behandlung geradezu schreit.

Die Berichte haben nicht über Motive, sondern über Handlungen abzuurteilen. Ihnen ist eine sorgfältige Prüfung der Erinnerungen anzurufen. Sie dürften bei dem Prozeß gegen die D. C. eine Rolle spielen. Wann findet dieser Prozeß endlich statt? Im Staatsgerichtshof herrscht Hochbetrieb. Täglich fast spielt sich ein Kommunistenprozeß vor diesem Forum ab. Die Herren vom Gerichtshof erweisen sich als strenge Richter und unerbittliche Hüter der Republik. Die Polizeiorgane zeigen eine bemerkenswerte Energie in der Verfolgung kommunistischer Hochverratspläne. Ein Flugblatt, von einem Irreführten verteilt, kann Anlaß sein, den Verbreiter unglücklich zu machen. Die Motive sind nebensächlich, die Handlung entscheidend. Warum versagt bei der Justiz die Energie, die den Kommunisten gegenüber so rauh und so rücksichtslos arbeitet, im Fall Ehrhardt-Consul? Termine über Termine werden angefündigt. Aber zu einer endgültigen Festlegung des Prozeßbeginns hat man sich bisher immer noch nicht entschließen können. Die frivole Publikation Ehrhardts sollte den Staatsgerichtshof veranlassen, endlich einmal mit dieser Angelegenheit aufzuräumen. Er ist das seinem Ruf, der Republik und den Befehlen der Reinlichkeit schuldig.

## Ein Ludendorff-Prozeß in Göttingen.

Die preussische Staatsanwälte der Republik dienen.

In der Universitätsstadt Göttingen, einem Brennpunkt deutschvölkischer und deutschnationaler Heßarbeit, dem Sitz des bekannten Ludendorff-Verteidigers Dr. Lütgebruns, hat dieser in Gemeinschaft mit dem Oberstaatsanwalt Schüze eine große Aktion gegen den leitenden Redakteur unseres dortigen Parteiblatts, den Genossen Schiller, inszeniert. Aus Wut über eine Bahikarikatur aus der Zeit der letzten Reichstagswahl, zu der die Redaktion eine Broschüre über das „tapfer“ Verhalten Ludendorffs beim Münchener Putsch geschrieben hatte, denunzierte irgendein Völkischer den leitenden Redakteur beim Oberstaatsanwalt. Die Frage wurde einfach gestellt: Gibt es keine preussischen Richter mehr, die einen Mann wie Ludendorff schätzen? Darauf ein staatsanwaltlicher Führer bei Dr. Lütgebruns und promptes Ergehen um Erhebung der öffentlichen Anklage. Dem kann der öffentliche Ankläger Oberstaatsanwalt Schüze ebenso prompt nach.

In der Vorbereitung drückte der Angeklagte bereits sein Befremden darüber aus, daß derselbe Ludendorff, der seine politische Gegner mit ausgefuchtem Haß und rücksichtsloser Brutalität bekämpfte, mit einemmal so empfindlich sei. Jetzt, nachdem die Anklage erdültig erhoben ist, wird die Verteidigung unseres Genossen eine

umfangreiche Beweisführung dafür anbieten, daß Ludendorffs Verhalten in München unsäglich klug war, und sie wird auch eine ganze Reihe Zeugen dafür benennen, daß Ludendorff ein Schädling Deutschlands ist, der alle Urkräfte im Hintergrund zu bleiben, statt zu versuchen, sich durch politische Prozesse reinzuwaschen.

Der allem aber wird dieser Prozeß Anlaß geben müssen, den Oberstaatsanwalt Schüze etwas näher zu betrachten. Derselbe Herr hat nämlich erst vor wenigen Tagen den Antrag eines Sozialdemokraten aus einem südlichen Bezirke Südhannovers, Strafantrag gegen einen völkischen Wahlkandidaten zu erheben, abgelehnt. Die Begründung lautete kurz: Im Wahlkampf darf man nicht jedes Wort so genau wägen. Wenn aber Ludendorff sich wegen eines Wahlkampfes beleidigt fühlt, dann kann dieser Staatsanwalt anders. Und eben dieser Staatsanwalt hat es am Tage der Ermordung Rathenaus fertiggebracht, demselben Genossen Schiller einen Prozeß wegen Aufreizung zu Sozialtätigkeiten anzuhängen, weil er als Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins ein Veranlassungs-plakat hinstellen ließ, in dem zum Protest gegen die völkischen Wadtbuben aufgefordert wurde.

Nur dem Umstand, daß das Republikshuggesetz in Kraft ist, ist es zu danken, daß der Prozeß niedergelassen wurde. Aber neuerdings arbeitet der Oberstaatsanwalt in seinem Sinn unbeeinträchtigt am Schuß der Republik weiter. Als Beispiel für diesen Ludendorff-Prozeß, der bereits für den 20. Oktober angelegt war, hat Herr Schüze am 17. Oktober öffentliche Anklage im Auftrage des Göttinger Stahlhelms ebenfalls gegen Schiller erhoben, weil dieser in einem Artikel dagegen Stellung nahm, daß der Stahlhelm am Tage der allgemeinen Trauerfeier für die Kriegsoffer eine Fahnenweihe mit Kommerz und Parade abhielt, der Trauerfeier aber demonstriert fernblieb.

Es spielen sich also in diesem völkisch-akademischen Stappentort ununterbrochen wunderbare Justifikationen ab, die geeignet sind, die schärfste Aufmerksamkeit einer größeren Öffentlichkeit auf sich zu lenken. Die Prozesse reihen hier gegen ein und dieselbe Person und Zeitung nach ab. Neben den oben skizzierten Aktionen haben empfindliche Verurteilungen wegen Beleidigungen der bei Reichstagswahl beteiligten Warburger Studenten, wegen Beleidigung der berühmten Kühne-Familie u. a. stattgefunden. Große Landfriedensbruchsprozesse aus Anlaß der Rathenau-Wadtdemonstration in verschiedenen Orten Südhannovers haben die Göttinger Berichte beschäftigt und nun neuerdings diese Ludendorff-Aktion. Es scheint in der Tat, daß nun solche Vorgänge, die sich abseits von den politischen Brennpunkten abspielen und den Stempel absoluter politischer Justiz tragen, besondere Aufmerksamkeit widmen muß. Die unterirdische Tätigkeit des Ludendorff-Verteidigers Lütgebruns und des ihm gestimmungsoerwandten Oberstaatsanwalts muß an den Pranger gestellt werden.

## Hakenkreuzlerumult in Hagen.

Eine Friedenskundgebung gesprengt. — Versagen der Schutzpolizei.

Hagen, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsche Friedensgesellschaft hielt am Mittwochabend in Hagen im großen Saale der Stadthalle eine öffentliche Versammlung ab, die der deutsch-französischen Verständigung dienen sollte. Als Redner waren der deutsche General von Schönau und der bekannte französische General Verray vorgesehen. Die nationalsozialistischen Verbände und Parteien, darunter auch die Deutsche Volkspartei, hatten schon seit einigen Tagen in einer wüsten Heßarbeit alles aufgeboten, die Versammlung nicht zustande kommen zu lassen. Sie wollten es nicht dulden, daß ein französischer Friedensgeneral in Hagen zu Worte kam. Das haben sie tatsächlich fertig gebracht. Nachdem es ihnen misslungen war, durch einen Antrag in der Stadtvorordnetenversammlung die Stadthalle für die Veranstaltung zu entziehen, und auch ein Versuch, ein polizeiliches Verbot herbeizuführen, nicht gelang, haben sie die Versammlung mit Gewalt gesprengt.

Der Versammlungssaal, der 2000 Personen faßt, war schon eine halbe Stunde vor der angelegten Zeit zu etwa ein Viertel mit

## Höhepunkte.

Von Paul Dobert

Wie ein Raubich geht es zuweilen über die Erde — Begeisterung schlägt Wellen, so hoch, daß sie die Ozeanen und Länder verwischen. Höhepunkte der Zivilisation sind es, die so ins Leben treten. Marksteine der Entwicklung, Triumphe der friedlichen Forschung. . . Nichts vom Blutrausch hastet ihm an, man kennt keine Sieger, keine Besiegten, die ganze Menschheit steht unter einem Bann. Das Schillerische Wort „Seid umschlungen, Millionen“ wird für Augenblicke Wirklichkeit.

Wer erinnert sich nicht des Triumphzuges Cooks, der als Entdecker des Nordpols in Kopenhagen einzog, indes die Nachricht, daß der dänische Isalondampfer den Helden, der das Geheimnis des Nordpols gelöst, der Zivilisation wieder zurückführte, die ganze Welt in Erregung gebracht hatte. Ein Name wurde in einem Tage weithinberühmt, Millionen von Lippen sprachen ihn aus und segneten ihn — gewissermaßen als Erlöser der Menschheit von den Opfern, die früherer Bogenwut und Forschergeist gefordert hatten. Und als dann ein Abenteuer später Beryz mit dem gleichen Ruhmesanspruch auftrat, zerfiel die Menschheit in zwei Lager, und die Wahrheit zu ergründen fiel schwer angesichts der stummen Eiswüste.

Heute steht die Welt wieder vor einem solchen Höhepunkte. Das deutsche Zeppelin-Luftschiff, das den Ozean überquert, eine unsichtbare Brücke von der Alten zur Neuen Welt geschlagen hat, diese deutsche Tat hat zurzeit keine Nachahmung zu erwarten, selbst wenn es nicht den Ruhm beanspruchen kann, als erstes Luftschiff den Ozean überquert zu haben. Wie war es doch mit den meisten früheren Versuchen, das Wagnis zu unternehmen? Ruhigen nicht die kreuzenden Schiffe die Aeronauten aus ihren trümmerhaften Bodens retten? Deutscher Wissenschaft, deutscher Technik ist es vorbehalten geblieben, das Groppe! — restlos in dem Sinne, daß widrige Wetterlage kein Hindernis sein kann — zu lösen, und neidlos reicht die ganze Welt den tüchtigen Männern die Palme des Sieges.

Wohltäter der Menschheit — wenn es noch Sitte wäre, Bürgerkriegen zu verleihen, so hätten all die Männer, die das Rad der Weltentwicklung um einige Grade weiter drehen, Anspruch auf diese Ehrung. Da marschieren sie auf, die Astronomen, die Seefahrer, die Entdecker, die Erfinder, die Heilkräftler, die Dichter und Denker, die Moler, Bildhauer und Musiker. . . sie alle haben der Welt unermessbare Werte geschenkt, sie alle haben ihre Stunde der Bekanntheit gehabt, sie alle sind in dem goldenen Buche der Menschheit für ewige Zeiten eingeschrieben. Bald in großen, bald in kleinem Maßstabe haben sie die Welt in jenen Begeisterungsrufschrei versetzt, der keinen Lagerkammer hinterläßt. Und daß Deutschland zu diesen Männern kein gerüttelt Wok gestellt hat, was uns mit

Stolz und doch zugleich mit Demut erfüllen, denn einer steht auf den Schultern der anderen, jaugt schon mit der Muttermilch jene geistige Befruchtung ein, die unsichtbar, von Ort zu Ort, von Nord zu Land, über Meere und Berge zieht.

Einer auf den Schultern des andern! Wenn wir jetzt der Männern jubeln, die das Luftschiff als neue Kolumbusse in den Hohen der Neuen Welt gesteuert haben, so sei doch nicht des Vaters der modernen Aeronautik (wie des ganzen Automobils) vergessen, jenes einfacher Schwaben, der Daimler hieß und den Motor erfand, durch den erst alle folgenden Wunder möglich wurden.

Höhepunkte, aber keine Ruhepunkte gibt es in der Geschichte der Menschheit. Und das Wort Ben Affikas „Es ist schon alles dagewesen“ wird noch des öfteren zuschanden werden. Der Menschengeist im Kampfe mit der Natur spürt immer neue Punkte auf, an denen er die Hebel seines Wissens und Könnens ansetzt.

## „Tasso“ im Schiller-Theater.

Alfonso, der freundliche Fürst von Ferrara, der zu keinem Gemalte Paläste, Vorberheime und den Unberücksichtigten Lortuato Tasso hält, ist eigentlich ein ganz betrüblicher Tyrann. Er brüht sich zwar sehr gemessen und gewährt über seinen genialen Schilling aus, dem er ein hübsches Zimmer in seinem Palaste und auch einen Bruchteil von dem Inhalt jenes Rassenarantes einräumt, den die begeisterten und gepriesenen Unterthanen des Fürsten mit Goldstücken beliefern; aber er verlangt zur Belohnung für seine Freigebigkeit, daß Lortuato Tasso ihm sein Genie auf Lebenszeit verkauft. Man stelle sich vor, daß der geniale Jüngling nicht einmal über sein poetisches Manuskript verfügen soll, um Korrekturen daran vorzunehmen! Der Fürst will selber den Tag bestimmen, an dem Tasso diese Verschönerungsarbeit beginnen dürfte. Lieber legt man das alles, so versteht man, daß Tasso die Gastfreundschaft seines Beschüßers gründlich satt hat. Das süße Brot, das er empfängt, mündet ihm plötzlich sehr bitter. Es kommt noch hinzu, daß ihn auch die Grazien des Hofes, die beiden Bezauberten, außerordentlich enttäuschen. Auch die Prinzessin Elze und die Sandvitale sind nur launische Frauenzimmer. Die Sandvitale macht gar kein Hehl daraus, daß sie sich neben dem ehelichen Gemahl auch dieses jungen Dichters erfreuen möchte, und die Prinzessin Elze, die so rosig und herzlich über die gezeigende Frauenstunde redet, ist gar ein verlogener Blaustrumpf. Wahrscheinlich ist sie nur in jenem stunden Augenblick, da sie mit dem Goldstaub nach dem Jüngling ausschlägt, der endlich etwas fester zugreifen will. Innerhalb der ganzen adeligen Gesellschaft bleibt Tasso der beste und moralischste, obwohl wir wissen, daß er ohne das Dach des Fürsten ein Vogelhund sein würde. Tasso hat sogar den Mut, dem glatten Hofmann Antonio all seine Galle und wilde Rebellion mit aller Deutlichkeit ins Gesicht zu schüttern.

Wenn der „Tasso“ trotzdem als das Stück der Gehörtheit und des geordneten Gefühls gilt, so möchte man meinen, daß diese Heberlieferung bald beseitigt werden könnte. Es würde kein Sakrileg gegen das Goetheische Genie sein, wenn man einmal ganz von

der Rolle des Rebellen ausginge, den Hoftheaterglanz auswäscht, und die ganze Hofgesellschaft ein wenig karikiert. Es muß in Goethe zynisch gebraut haben, als er sich diese Verle des englischen Genies aus dem Herzen rang. Die Verle sollten italienisch ihnen und gefügigt sein von jeder Harmonie, aber sie sollten auch trocken und verwunden. Ob diese Tasso-Tragödie in Weimar oder in Ferrara spielt, sie ist immer die Goethe-Tragödie.

Schillertheaterstil ist vorläufig noch, so weit es den „Tasso“ angeht, Hoftheaterstil. Leonore Elze, gespielt von Fräulein Morawetz Anton, die der Staatstheatertruppe eingereicht werden soll, war blond und kühl. Ihre Stimme klang gestern etwas müde. Sicher ist, daß ihre Sätze leichter gemittelt als ihre tragische Miene. Gerda Müller war sehr froh, als sie den Hofton verlassen und weiblich intrigieren durfte. Sie ist viel zu sehr auf entzündliche Leidenschaft gestimmt, um sich dem italienischen Bathos der Goetheischen Verle zu fügen. Minn Kaller, der Tasso, spielte Hug, wie ein in Schmerzen erlösbare Mann, nicht wie ein von Leidenschaft durchglüheter Jüngling. Er steigerte das Alter Tassos und schobete dadurch der Rolle, die nach einem blühenden, rhetorisch perlenden Schauspiel verlangt.

„Colot“ im Triontheater. Colot ist natürlich eine Kokot, die freilich unter dem Deckmantel einer geschiedenen Frau ihr Wesen treibt. Die Kokotte aber ist, wie immer Erika Gähner. Da man irgendein Gerüste der Handlung haben muß, von dem herab sie ihre Beine schlenkern und ihre leeren Extremitäten sprudeln lassen kann, hat Fräulein Friedmann-Friedrich eine kleine Beamenlatze losgelassen. Ganz nette Anläge: Die Beamen sind der (jeweiligen) Regierung treu ergeben; Beamer wird man, weil man doch leben muß. Die Beamerberung geschieht immer nach den Beziehungen; z. B. ein Faustspiel, der angeblich ein Verhältnis mit der Frau des Chefs hat, macht rasend Karriere. Ja, so machen es die Luftspielfabrikanten. Aber die Hauptsache ist die Gähner. Sie ist die Kokete, die Windhose, das große enant terrible, das als angeblühte Frau des Oberpräsidenten diesem auf seiner Inspektionsreise in ein Provinznest folgt, dort die heillosste Verwirrung anrichtet, mit ihrem richtigen Wanne, der vor ihr geflohen ist, erappt wird und schließlich beide Trottel sitzen läßt, um mit einem neuen Verheer davonzugehen. In dieser unmaßlichen Rolle läßt sie ihre gewohnten Verwickelheiten spielen, sagt sie Reschheiten, Löffheiten, eriebt das gewisse Etwas, das Rannstein und Weiblein in diesem Amuiertheater, dem Wellingsfinde der Koller, von ihr erwarten. Die Publikum wird nur mahdoll angewendet, dafür erschädigt ein Viebchen, das sie in dem ihr egehnen Zoggon und Tonsfall vorträgt. Der Oberpräsident, den Herr Bonn sehr loigniert mimt, und der erste Mann und namwichtige Beamte, den Herr Falkenstein von der Resignation bis zur Farschheit variiert, und ihre Gähnen ihrer Schaufel. Aber was man in der Schaufel sieht, ist nachgerade etwas lob geworden. Gerade die harten Chosen nügen sich am ersten ab.

Die Ausstellung des Reichsarchivs zur deutschen Geschichte seit 1648 ist auf allgemeinen Wunsch hin noch verlängert worden. Für die Öffentlichkeit ist die Ausstellung zugänglich am Donnerstag, den 16. und Freitag, den 17., nachm. von 3—5 (sonntags abends, den 18., vorm. von 10—1 und nachm. von 3—5, und Sonntag, den 19., von 10—2, gegen einen Eintrittspreis von 1 P.

# Forderungen der Mieter.

Nationalisten gefüllt. Die dann noch zufließenden Arbeiter und Reichsbannerleute konnten keinen Einfluß mehr finden, weil die Polizei den Saal absperrte. Schon bei Beginn der Versammlung legte ein solcher Mann der Hakenkreuzler ein, daß General Schönach nur kurze Zeit sprechen konnte. Durch Lärm und Singen wurde ein Weiterführen der Versammlung unmöglich gemacht. Das merkwürdigste an dem Verlauf der Versammlung war die Tatsache, daß die im Saal zahlreich anwesende Polizei keinen ernsthaften Versuch machte, die Versammlungsfreiheit zu schützen. Wenn Reichsbannerleute die Störenfriede zur Ruhe bringen wollten, wurden sie von der Polizei daran gehindert. Wohl hat die Polizei auf dringendes Ersuchen der Versammlungsleitung einige Schreier aus der Versammlung entfernt; als es aber darauf ankam, die Versammlungsprenger zur Ruhe zu bringen, versagte die Polizei völlig. Dabei wäre es ihr ein Leichtes gewesen, die Ruhe aufrecht zu erhalten, da sie einige Hundertschaften aufbehalten hätte. Sicher ist, daß, wenn keine Polizei im Saal anwesend gewesen wäre, das Reichsbanner die Ruhe und Ordnung hergestellt hätte. Erst unter dem Schutze der Polizei konnten die Hakenkreuzler so frech werden.

Der französische General Berranz mußte die Hege der Nationalisten mit ansehen. Wenn er auch nicht zum Worte kam, so drückte er sich doch in persönlichen Unterhaltungen dahin aus, daß er nicht rufen und ruhen werde, bis dem Iranen Europa der Segen der deutsch-französischen Verständigung gebracht sei.

## Prahlhelms Heldentaten.

### Herede gegen den Reichspräsidenten und zertrümmerte Fensterhebeln.

Halle, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der deutschen nationalen Kreise Halle ist durch das Verbot des Stahlhelmsporttages eine regelrechte Spaltung eingetreten. Die großagrarische „Halle'sche Zeitung“ greift den Oberstleutnant Düsterberg in schärfster Weise an und führt aus, daß die Waffen zum Verbot vom Stahlhelm (des Düsterberg) selbst geliefert worden seien. Zu dem Artikel Düsterbergs im „Alten Dessauer“ übergehend, bemerkt das Blatt: „Was für eine Wirkung versprach sich der brave „Alte Dessauer“ von diesem Artikel eigentlich? Uns und jedem logisch Denkenden war es doch klar, daß dieser Artikel nichts anderes als eine Sabotage des Stahlhelmsporttages war. War dies die beabsichtigte Wirkung, dann ist sie erreicht, und der Stahlhelm mag dem „Alten Dessauer“ eine Dankstiftung abstrahlen.“ Am Sonnabend hatten die Vaterländischen in Halle, Merseburg, Magdeburg und in Berlin noch einmal alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die nachträgliche Genehmigung zum Falchistenaufmarsch zu bekommen. Die hiesige Stahlhelmsleitung hat es trotz des unzweideutigen Verbotes durch den Regierungspräsidenten fertig bekommen. Telegramme in die Provinz hinausgeschickt mit der Mitteilung: „Alles nach Halle kommen. Stahlhelmsporttag findet trotz Verbot statt.“ Regierungspräsident Grüner, dem davon Mitteilung geworden war, hat darum am Sonnabend abend noch einmal besonders scharfe Instruktionen an den halle'schen Polizeipräsidenten für den Fall eines illegalen Aufmarsches des Stahlhelms ergehen lassen. Sonntag früh waren infolgedessen die großen Stahlhelmparaden an den Volkshäusern durch verstreutes kleine Zettel bestückt, auf denen dem Publikum mitgeteilt wurde, daß von dem Stahlhelmsporttag nichts weiter als zwei Protestversammlungen und eine „vaterländische Kundgebung“ in geschlossenen Räumen übrig geblieben waren. Bemerkenswert ist, daß die am Sonntag vormittag in der Saaleschloßbrauerei stattgefundene Kundgebung so schwach besucht war, daß die Stahlhelmsangehörigen postwendend das Publikum von den Straßen hereinholten, um nachdrücklich den geräumigen Saal zu besetzen. Hier hielt der Stahlhelmsprenger Düsterberg eine seiner bekannten Hereden, in der er den Reichspräsidenten im Zusammenhang mit dem bekannten Berliner Munitionsbekämpfungsjahr 1918 und die von auswärtigen trotz Verbotes zum Stahlhelmsporttag Erschienenen aufforderte, eine Schadenersatzklage gegen den Regierungspräsidenten anzustrengen. Die Hege ging so weit, daß eine regelrechte Pogromstimmung entstand. Kein Wunder, daß in der Nacht zum Montag die nationalsozialistischen Romdies zum Gebäude des „Volkshaus“ Verlageren zogen und zwei je 16 Quadratmeter große Schaufensterhebeln total zertrümmerten. Polizei war natürlich nicht zu sehen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der intellektuelle Urheber dieser Romdiesstreichs der frühere Oberstleutnant Düsterberg ist. Bemerkenswert ist, daß bereits vor einigen Tagen die beiden Schaufensterhebeln der „Volkshaus“-Buchhandlung in der Ulrichstraße ebenfalls von Stahlhelmsleuten zertrümmert worden sind, und daß in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag die Lichtreflexe des demokratischen „Mitteldeutschen Kuriers“ gleichfalls zerstört worden ist. Es ist also höchste Zeit, daß in Halle durch die Polizeileitung mit dem Stahlhelm in einem anderen Tone gesprochen wird, als das bisher leider zum Schaden des Ansehens der Republik geschehen ist.

## Kah läßt die Inhaftierten in Stich!

### Kommunistischer Schwindel.

Die „rote Dahn“ behauptet in ihrer Dienstanzeige, daß Genosse Hermann Müller am Montagabend im Kellerausschuss Herr Ivan Kah aufgefordert habe, infolge des Vorgehens der Deutschnationalen und der Mittelparteien freiwillig „doch sein Amt als Vorsitzender des Ausschusses niederzulegen“. Diese Behauptung ist erlogen. Sie wurde bereits im Kellerausschuss zurückgewiesen. Genosse Hermann Müller hat Herr Kah nur aufgefordert, bis zu einer Entscheidung des Reichstags über den Konflikt unter voller Wahrung seiner Rechte den zweiten Vorsitzenden amtierend zu lassen, und zwar, weil nur so die Beratungen über die wichtigen Vorlagen dieses Ausschusses in den nächsten Tagen fortgeführt werden können. Es handelt sich dabei u. a. um die Einführung des Wiederaufnahmeverfahrens gegen Urteile der bayerischen Volksgerichte.

Selbst Herr Kah dem Vorschlag des Genossen Hermann Müller, der nicht nur von dem Präsidenten des Reichstags, sondern auch von Herrn von Graefe unterstützt wurde, nicht nachkam, zeigte er, daß ihm und seinen Freunden die Verbesserung der Rechtspflege ebenso gleichgültig ist, wie das Schicksal der politisch Verurteilten.

## Hamburg für Wohnungswirtschaft.

Hamburg, 16. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der Hamburger Bürgerchaft kam es am Mittwoch zu einer mehrstündigen Aussprache über die Fragen der Mieterschutzgesetzgebung, der Behebung der Wohnungsnot und der Beseitigung der Wohnungsämter. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde mit großer Mehrheit beschlossen, im Senat zu beantragen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die öffentliche Wirtschaft im Wohnungsbau beibehalten wird. Zur dringlichen Behebung der Wohnungsnot wurden zu den bisher bewilligten Mitteln auf sozialdemokratischen Antrag weitere 5 Millionen Mark bewilligt.

Der Reichsbund Deutscher Mieter hat anlässlich der am 10. und 11. Oktober 1924 in Göttingen abgehaltenen Konferenz der Wohnungswirtschaftler des Reiches und der Länder dem Reichsarbeitsministerium und den Ländern eine ausführlich begründete Eingabe mit den Forderungen der deutschen Mieterschaft überreicht. Unter Hinweis darauf, daß die Wohnungsnot immer fürchterlichere Formen annimmt, daß die bisherige Art der kurzfristigen Regelung endlich einmal aufgegeben und durch eine systematische Neuregelung ersetzt werden müßte, stellt der Bund folgende Forderungen:

1. Die Grundgedanken des Mieterschutzes: Sicherheit vor unberechtigter Steigerung des Mietzinses, Sicherheit vor willkürlicher Kündigung, Pflicht der Behörde zur Vermittlung eines Ersatzraumes für den Mieter, der ausziehen muß, sind heute fester Bestandteil des Rechts- und Wirtschaftsempfindens unseres Volkes geworden. Die heutige Wohnungswirtschaft ist die natürliche Ausdrucksform dieses Empfindens; sie ist deshalb keine möglichst bald abzubauen Zwangswirtschaft, sondern eine Wirtschaft, die entsprechend seiner ungeheuren Bedeutung für die gesundheitliche und sittliche Entwicklung des Volkes ausgebaut werden muß, auch wenn die dazu notwendigen Maßnahmen von einzelnen als Zwang empfunden werden. Einen solchen Zwang gegenüber Volksgenossen, für die nicht das Volkwohl oberster Grundsatz ist, kennen Recht und Wirtschaft auch auf zahlreichen anderen Gebieten (Erbrecht, Grundstücksverkehr, Steuerpflichtigkeiten usw.).

2. Die Freigabe möblierter Räume aus den Bestimmungen des Reichsmieten- und des Mieterschutzgesetzes darf nur dort erfolgen, wo das Angebot besonders groß ist und die Nachfrage tatsächlich wesentlich übersteigt und die Sicherheit dafür besteht, daß sich die Mietzinsen in den richtigen Grenzen halten werden. Dabei ist noch besonders zu erwägen, ob und in welchem Umfange sich die Freigabe auch auf Räume beziehen darf, die für selbständige Haushaltungen vermietet sind. Die notwendigen Feststellungen müssen nach Gehör der Vermieter und Mieter in jeder Gemeinde besonders getroffen werden. Die Behörde hat trotzdem den Mietzins für möblierte Räume weiter festzusetzen.

3. Die öffentliche Raumbewirtschaftung, die sich zurzeit wesentlich nur auf selbständige Wohnungen erstreckt, muß auf Räume jeder Art unter Einführung der Anmeldepflicht und einer zunächst generell zu erteilenden Genehmigung ausgedehnt werden, damit einerseits die heutige Praxis der Wohnungsämter aufgehoben werden kann, bei der Wohnungen von mit ihnen verbundenen gemieteten Räumen zum Schaden des Verwendungswertes derselben getrennt worden sind, und andererseits für den Räumungsgläubiger die Sicherheit der Vollstreckung gegen den Räumungsschuldner, der nur gegen Ersatzraum zu räumen braucht, gegeben wird.

4. Die Wohnungsämter sind, soweit sich ihre Tätigkeit praktisch erledigt hat (Teilung von Wohnungen, neue Beschläge wegen Zwangseinquartierungen), abzubauen, im übrigen aber auszubauen und mit einem besonders guten Beamtenstab zu versehen. Die Wohnungsämter werden dauernd eine unentbehrliche Wohlfahrtsinstitution bleiben.

5. Solange die Mietzinssteuer noch erhoben wird, muß sie neben dem Mietzins gefordert nach Prozentsätzen der Friedensmiete ausgemessen werden und darf nicht nach dem preußischen System an den Hausbesitz „verpackt“ werden, der damit in Preußen ein Geschäft von circa 150 Bodenmillionen jährlich macht.

Der Anteil der Steuer für den Wohnungsbau muß mindestens 10 Proz. der Friedensmiete betragen.

6. Der Neubau ist planmäßig und unter wesentlicher Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaus durch Zuschüsse zu

## Die Regelung des Berliner Messwesens.

Gegen die unter Beteiligung der Stadt Berlin im Sommer 1923 anhaltende Gemeinnützige Messebau-Gesellschaft richtet sich eine lebhaftes Agitation von „Fachmesse-Interessenten“, die eine Beeinträchtigung ihrer eigenen Messerestaurants fürchten. Mit der neugegründeten „Zentralstelle“ dieser Interessentengruppen hatte das Messeramt eine Versprechung, an der Vertreter dieser Verbände teilnahmen. Zu dem Botschaft, das Messeramt wolle alle anderen Messerestaurants ausschalten oder erschweren, äußerte sich für das Messeramt der Direktor Dr. Schid. Er bestritt auf das entschiedenste, daß das Messeramt ein Monopol beabsichtige und daß man sich gegenüber irgendwelchen berechtigten Wünschen anderer Messer absehend verhalte. Beabsichtigt sei nur eine Verhinderung der „wildem“ Messen, wie sie wiederholt zum Schaden der Interessenten stattgefunden haben. Dr. Schid betonte, daß er im Namen von wenigstens 100 Verbänden sprach, die hinter der von ihm geleiteten Messebau-Organisation stehen. Niemand sei die Rede davon gewesen, daß irgendwelchen berechtigten und anerkannten Organisationen die von ihnen beabsichtigten Messen unmöglich gemacht werden sollten. Ebenso wenig könne von einer Überverteilung der Aussteller durch Standmieten und andere Abgaben gesprochen werden. Vom Verband der Schuhhändlervertreter erklärte Wenzel, daß die Schuh- und Ledermesse einen bedeutenden Erfolg gehabt habe. Auch die Vertreter der Film- und Kinobranche sowie der Bekleidungsindustrie stellten sich mit ihren Darlegungen hinter das Messeramt.

Das Haus der Funkindustrie, das gegenwärtig durch das Berliner Messeramt auf dem Gelände am Kaiserdamm nach einem Entwurf des Professor Straumer ausgeführt wird, umfaßt auch einen Vortragssaal mit 600 Plätzen, der insbesondere für Zwecke des Films und der Technik dienlich gemacht werden soll. Für die Dauer der Funkausstellung vom 4. bis 14. Dezember sind zahlreiche Vorträge aus dem Gebiete des Funkwesens und der angrenzenden Wissenschaften und Technik geplant, und es laufen täglich von den Verbänden und Schulen, die ihren Besuch bereits angemeldet haben, Wünsche nach weiteren Vorträgen ein. Das Berliner Messeramt bietet Redner, die den Wunsch haben, bei dieser Gelegenheit Vorträge über geeignete Themen zu halten, sich in der Angelegenheit direkt an den Verband der Radioindustrie, Berlin SW, Zimmerstr. 3/4, zu wenden, um eine Eingliederung in den Organisationsplan des gesamten Vortragswesens der Funkausstellung vornehmen zu können.

## Röpenider Abbauomödie.

Gestern abend vollzog sich in der Röpenider Bezirksversammlung der erste Akt der eigentlichen Abbauomödie. Die Bürgerlichen versuchten immer wieder mit Unterstützung der Kommunisten, trotz eines einmal gefassten Beschlusses der Bezirksversammlung, nicht einen, sondern zwei Stadträte zum Abbau zu bringen. Der Bezirksvorsitzende Genosse Wolf stellte sich aber mit Recht auf den Standpunkt, daß die Frage, wieviel Stadträte abgebaut seien durch die Anweisung des Magistrats und die bereits erfolgte Zustimmung der Bezirksversammlung zu dieser Anweisung, bereits erledigt sei. Er ließ infolgedessen eine erneute Abstimmung über die Zahl der abzubauenen Stadträte nicht zu. Infolge dieses der Geschäftsordnung entsprechenden Verhaltens des Bezirksvorsitzenden ließ sich ein Teil der bürgerlichen Bezirksvertreter zu den härtesten Beschimpfungen gegen den Vorsteher hinreißen. Die Versammlung mußte deswegen auf einige Zeit vertagt werden. Mit ziemlich großer Mehrheit wurde schließlich zur Abstimmung zu gelangen. Von den drei zum Abbau vorgeschlagenen Stadträten erhielten Wolf fünf Stimmen, Herz

fürdern, die bis auf weiteres grundsätzlich ohne Zins- und Tilgungspflicht zu geben sind.

7. Der Teil des Mietzinses, den der Vermieter behält, darf nicht weiter gesteigert werden; abgesehen von der Untragbarkeit der Last, gewähren ihm schon die heute meist üblichen 40 Proz. eine Rente, die seine Existenz ohne weit übersteigt. Der Hausbesitz hat kein Recht auf eine Aufwertung, die sonst kein Gläubiger hat.

8. Für die großen Instandhaltungsarbeiten ist wieder ein besonderer Fonds in einer öffentlichen Kasse zur Hergabe zinsloser Darlehen an notleidende Häuser anzulegen.

9. Es ist die öffentlich-rechtliche Verwaltungs- und Unterhaltungspflicht für Grundstücksbesitzer einzuführen; sonst wird der Bestand unserer Volkswirtschaft an Gebäuden immer mehr geschädigt, außerdem unsere Wirtschaft aber im unklaren über die Lasten gehalten, die die Hauswirtschaft erfordert.

10. Auch die Mieter in Neubauten, die ohne öffentliche Mittel errichtet sind, müssen vor Ausbeutung und willkürlicher Kündigung, bzw. Zwangsversteigerung ohne Ersatzraum, geschützt werden.

11. Es ist eine Belastungssperre für die Grundstücke einzuführen. Belastungen sollen grundsätzlich nur für Verbesserungen und nur in Form von Tilgungshypotheken zugelassen werden.

## Aus der Mieterbewegung!

Die letzte Abteilungsmiterversammlung der SPD brachte den Beweis, daß positive Arbeit geleistet wurde, wenn auch das Interesse für die Mieterfragen lange nicht so reger ist, wie es sein sollte. Nachdem die Einigung der maßgebenden Mieterverbände zu einem Reichsbund in Magdeburg beschlossen, dürfte es nun an der Zeit und möglich sein, noch intensiver wie bisher die Forderungen der Mieter wahrzunehmen. Der Bericht über die Einigung zeigte, daß die Frage der Sonderlandabgabe leider nicht abgelehnt wurde, weshalb von uns die größte Wachsamkeit zu wahren ist.

Der Jahresbericht des Ausschusses — vom Genossen Glaser erstattet — zeigte dessen bisherige Tätigkeit, die ohne Monita gewürdigt wurde. Es sei bedauerlich, daß die Mieterbewegung durch die Vertreter in den Reichs-, Landes- und kommunalen Körperschaften nicht genügend unterstützt werde; nur selten und vereinzelt nähmen diese an den Versammlungen teil oder stellten sich mit Referaten zur Verfügung. Mit dem Bezirksvorsitzenden sei das Zusammenarbeiten gut, dort finde die Bewegung des notwendigen Entgegenkommens. Auch beim Parteivorstand werde der Wichtigkeit der Mieterfragen wachsende Aufmerksamkeit gezeigt. Alles in allem war die zu leistende Arbeit schwer, aber nicht nutzlos. Sie wird noch ersprießlicher sein können, wenn in den einzelnen Kreisen und Abteilungen eine stärkere Förderung eintritt und dadurch mehr Verständnis über die Mieterfragen unter die Parteigenossen gebracht wird. Bei der Wahl des Ausschusses wurden die Genossen Dr. Glaser, Rhode, Hänlein, Lange, Ewald wieder- und Bismmester und Ruben neu gewählt. Eine Erweiterung des Ausschusses wurde für notwendig erachtet, weil auch nach außen mehr Agitations- und produktive Arbeit geleistet werden soll und muß. Die Mieterforderungen sind in der Wohnungs- und Bodenreform vielfach dieselben wie die der sozialdemokratischen Partei; deshalb müssen und werden viele Mieter auch den Weg zur Partei finden, wenn sie über diese grundlegenden Fragen aufgeklärt werden. Das soll die Aufgabe der parteigenösslichen Mieter in der Mieterorganisation sein!

Hamburg für Aufrechterhaltung des Mieterschutzes. Die Hamburger Bürgerchaft nahm den demokratischen Antrag an, den Senat zu ersuchen, im Reichsrat dafür einzutreten, daß die Bestimmungen der Mieterschutzgesetzgebung für Wohnungen und gewerbliche Räume aufrecht erhalten bleiben.

16 und 21 Stimmen. Die Bürgerlichen versuchten nun ihre Auffassung dahin durchzusetzen, daß auf Grund dieses Abstimmungs-ergebnisses bei den Stadträten Herz und Wante sich diese in der vom Gesetz vorgeschriebenen Form zu ihrem Abbau zu äußern hätten. Der Vorsteher erklärte aber diese Auffassung für nicht zulässig und verständlich als Beschluß der Versammlung, daß nur der Stadtrat Wante sich zu seinem Abbau zu äußern habe. Die Bürgerlichen brachten dann einen Antrag ein, wonach durch eine Änderung der Geschäftsordnung drei Mitglieder der Versammlung jederzeit das Recht haben sollten, ein Mißtrauensvotum gegen den Vorsteher einzubringen, der bei Annahme eines solchen Mißtrauensvotums für die Dauer der Sitzung zurückzutreten habe. Unter dem Eindruck der außerordentlich wirkungsvollen Ausführungen des Bezirksvorsitzenden Genossen Weyer, der die Bürgerlichen in ihrem eigenen Interesse vor der Annahme eines solchen unsinnigen Antrages warnte, stimmten die Bürgerlichen schließlich dafür, daß ihr Antrag zunächst in der Geschäftsordnungskommission durchberaten würde.

## Töblicher Motorradunfall in Wannsee.

In der vergangenen Nacht fuhr der 24 Jahre alte Verlagsbuchhändler Hans Langenscheidt aus Wannsee auf seinem Motorrad in übermäßig schnellem Tempo von Berlin kommend die Colomierstraße entlang. Er bemerkte dabei nicht einen ihm entgegenkommenden Gemüßwagen des Händlers Friedrich aus Bornim bei Potsdam und stieß mit voller Gewalt mit ihm zusammen. Langenscheidt wurde vom Rade geschleudert und war auf der Stelle tot, seine Begleiterin, die 22 Jahre alte Gerda Raymond aus der Potsdamer Straße 34 kam mit Hautabwühlungen davon und wurde von einem Schutzpolizisten in ihre Wohnung gebracht.

## Muhrartige Erkrankungen.

Sind im Hildegarde-Haus zu Laußowitz aufgetreten, das als Krankenpflegeschule zur Ausbildung von Pflegschweftern dient. Vier Schwestern sind schwerer erkrankt und mußten dem Krankenhaus zu Hülferfeld überwiehen werden, wo sie in der Isolierabteilung untergebracht wurden. Andere, die leichter erkrankt sind, konnten im Hildegarde-Haus bleiben, wurden aber dort gleichfalls isoliert. Die Schwestern waren vorher im benachbarten Viktorie-Krankenhaus tätig gewesen, das dem Verband der Krankenschwestern Berlin gehört, und Schwestern vom Hildegarde-Haus beschäftigt. Der Chefarzt des Viktorie-Krankenhauses hat die Erkrankungen als muhrartig bezeichnet. Im Viktorie-Krankenhaus selber ist niemand von dieser Erkrankung befallen worden, weder eine Schwester, noch ein Patient.

Kohlenoxydgasvergiftung zweier Arbeiterinnen. Am Mittwoch nachmittag gegen 15 Uhr wurde bei der Firma Rohnen u. Schring, Alexanderstraße 12, ein Ofen angeheizt. Infolge der sich entwickelnden Kohlenoxydgase brachen plötzlich die beiden in Lichterfelde wohnenden Arbeiterinnen Ledwanowksi und Seidel bewusstlos zusammen. Sie wurden mit Hilfe eines Sauerstoffapparates wieder ins Leben zurückgerufen.

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfachungen für diese Anzahl sind nicht an den Bezirkssekretariat, Berlin - SW, M. Lindenstraße 9, 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

17. Kreis Eichenberg. Italien hat sozialdemokratischen Abgeordneten, die anbestimmte Sitzung nicht anwesend waren, heute abend 94 Uhr in der Eichenberg-Partei, laut. Wichtige Tagesordnung.

